

# Ferien und Sozialstaat stehen westlich der Saane hoch im Kurs

*Eine Art «Arbeitsgraben» trennt Deutschschweizer und Romands. Von Rafael Lalive d'Epinay*

Wie Studien von Wirtschaftsfachleuten der Universitäten Lausanne und Zürich zeigen, spielen sprachkulturelle Einstellungen bei eidgenössischen Abstimmungen eine wichtige Rolle.

Am 12. März 2012 rieben sich unsere europäischen Nachbarn die Augen. Zwei von drei Schweizer Stimmbürgern hatten am Tag zuvor gegen zwei zusätzliche Wochen Ferien gestimmt! Kein Wunder, meinten «Le Monde», «Le Figaro» und die «FAZ»: Die Schweizer seien für ihren Arbeitseifer bekannt. Wenn wir jedoch die Resultate etwas näher betrachten, sehen wir, dass die Initiative nicht überall gleich stark verworfen wurde. Während mehr als vier von fünf Innerrhodern der zusätzlichen Mussezeit nichts abgewinnen mochten (18 Prozent Ja-Stimmen), hatte fast die Hälfte der Jurassier dafür gestimmt (49 Prozent Ja).

## Fokus zweisprachige Kantone

Es gibt vielerlei Erklärungen für solche regionalen Unterschiede. Unser Forschungsteam, bestehend aus Beatrix Eugster und Rafael Lalive an der Universität Lausanne sowie Andreas Steinhauer und Josef Zweimüller an der Universität Zürich, hat einen Analyse-Rahmen entwickelt. Die Sprachgrenze – Röstigraben – verläuft in den drei Kantonen Bern, Freiburg und Wallis mitten durch das Kantonsgebiet. Gemeinden dies- und jenseits des Röstigrabens unterscheiden sich bezüglich Sprachkultur jedoch kaum bezüglich Geografie, Wirtschaftsstruktur oder kantonaler Gesetzgebung. Die durchschnittliche Zustimmung zur Ferieninitiative in Abhängigkeit der Distanz zur Sprachgrenze (vgl. Grafik) zeigt: Beinahe zwei von fünf Stimmenden in den lateinischen Grenzgemeinden sind für zwei zusätzliche Ferienwochen. In den deutschsprachigen Nachbargemeinden befürwortet dagegen nur jeder dritte Stimmbürger eine Verlängerung der Mindesturlaubszeit.

Sind solche Unterschiede Ausdruck geringerer Leistungsbereitschaft? In einer wissenschaftlichen Arbeit untersuchten wir kulturelle Unterschiede in der Dauer von Arbeitslosigkeit: Wir analysierten Unterschiede in der Dauer der Stellensuche von Schweizer Männern, die zwischen 1998 und 2003 ihre

Stelle verloren. Es zeigte sich, dass Stellensuchende, die auf der lateinischsprachigen Seite des Röstigrabens leben, durchschnittlich 7 Wochen länger nach Arbeit suchen als ihre deutschsprachigen Nachbarn.

Geografie, Wirtschaftsstruktur und kantonale Gesetzgebung an der Sprachgrenze können diese Unterschiede kaum erklären. Zudem gibt es keine Anzeichen dafür, dass Firmen an der deutschen Seite der Sprachgrenze weniger bereit sind, Leute aus der französischen Sprachregion anzustellen. Grosse Unterschiede sehen wir jedoch in der Art der Jobsuche: Deutschschweizer finden neue Stellen aufgrund von Eigeninitiative; Lateiner dagegen stützen sich auf Empfehlungen durch Arbeitsämter. Umfragen zeigen zusätzlich: Deutschschweizer sind eher bereit zu arbeiten, wenn sie das Einkommen nicht nötig haben. Lateiner sind dagegen der Ansicht, dass Erfolg vor allem das Resultat von Glück und einem guten Netzwerk ist. Keine grossen Unterschiede sehen wir jedoch bezüglich des sogenannten Sozialkapitals.

Ein anderes Bild ergibt sich bei der Erwerbstätigkeit von Müttern. In der welschen Schweiz ist die Erwerbsquote von Schweizer Müttern mit Kindern unter 5 Jahren deutlich höher als in der deutschsprachigen Schweiz. In der Deutschschweiz ist man gegenüber erwerbstätigen Müttern skeptisch. Dies könnte ein Grund dafür sein, warum gut ausgebildete Frauen in der deutschen Schweiz häufiger kinderlos bleiben als in der lateinischen Schweiz.

## Steuerwettbewerb spielt

Eine weitere interessante Frage betrifft die Einstellung zum Sozialstaat. Die systematische Analyse aller nationalen Abstimmungen zu den grossen Sozialversicherungen seit 1980 zeigt ein klares Bild. In französischsprachigen Grenzgemeinden befürworteten deutlich mehr Stimmbürger eine Ausweitung der Krankenversicherung, der AHV, der Mutterschaftsversicherung oder der Arbeitslosenversicherung als in ihren deutschsprachigen Nachbargemeinden. Ein Grund könnte sein, dass Romands und Tessiner weniger stark daran glauben, das eigene Geschick selbst in der Hand zu haben; sie wünschen sich daher ein gut ausgebautes Netz von Sozialversicherungen. Zudem trennt die Sprachgrenze auch den politischen Diskurs, da

die Medienlandschaft fast vollständig segregiert ist.

Man könnte meinen, die höhere Nachfrage nach staatlichen Leistungen sollte sich in höheren Steuern in der Romandie niederschlagen. Die Steuersätze der Gemeinden im französischsprachigen Teil der Kantone Bern, Wallis und Freiburg sind tatsächlich im Mittel deutlich höher als die Steuersätze der deutschsprachigen Gemeinden in diesen Kantonen. Die Steuersätze in den Gemeinden an der Sprachgrenze unterscheiden sich jedoch kaum. Die Erklärung dafür liegt im Steuerwettbewerb. Die französischsprachigen Gemeinden am Röstigraben senken ihre Steuern unter das Niveau, welches sie von sich aus wählen würden. So verlieren sie ihre reichen Steuerzahler nicht an die deutschsprachigen Nachbarn mit tieferen Steuern. Interessanterweise zeigen sich zudem keine Unterschiede in der Bonität der Gemeinden an der Sprachgrenze. In der Schweiz sehen wir also ähnliche kulturelle Unterschiede bezüglich der Rolle des Sozialstaates wie in Europa, nicht jedoch die gleichen Schuldenprobleme.

Was lernen wir aus diesen Untersuchungen? Kultur ist eine wichtige Determinante der Einstellung zur Arbeit und zum Sozialstaat. Die Tatsache, dass wir uns in der Schweiz oft nicht einig sind bezüglich dieser zentralen Fragen, legt nahe, dass wir am System des Föderalismus besser nicht zu viel ändern. Unterscheiden sich unsere Zielvorstellungen, dann müssen wir auch die Freiheit haben, unterschiedliche Ziele zu verwirklichen. Oder wie Friedrich der Zweite schon 1740 wusste: «Jeder soll nach seiner Façon selig werden.»

Die Studien, auf denen diese Zusammenfassung beruht, können eingesehen werden auf [www.lalive.org/research](http://www.lalive.org/research).

**Rafael Lalive d'Epinay** ist Professor für Mikroökonomie an der Universität Lausanne und Mitglied des nationalen Forschungsschwerpunktes LIVES.

**Mitarbeit:** Beatrix Eugster, Andreas Steinhauer, Josef Zweimüller.